Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungsgerichts Cottbus
für das Geschäftsjahr 2025 in der Fassung der 9. Änderung

I.	Besetzung der Spruchkörper	(S. 2)
II.	Geschäftsverteilung	(S. 3)
III.	Ergänzende Regelungen zur sachlichen Geschäftsverteilung	(S. 18)
IV.	Vertretung	(S. 19)
V.	Bereitschaftsdienst	(S. 19)
VI.	Ehrenamtliche Richter	(S. 20)
VII.	Güterichter	(S. 20)

Stand: 1. September 2025

Besetzung der Spruchkörper

Kammer	***Vorsitzende/r***	***regelmäßige/r Vertreter/in des/r Vorsitzenden***	***Beisitzer/in***	***Beisitzer/in***
1.	VRVG Vogt	RVG Skopp	R´inVG Mostufi-Zadeh-Haghighi* (0,5)	
2.	PräsVG Eidtner	R´in VG Werres-Bleidießel	R´inVG Mostufi-Zadeh-Haghighi (0,5)	
3.	VR´inVG Lechte (0,8)	RVG Körber*	R Schmidt	
4.	VR´inVG Lechte* (0,2)	R'inVG Piekos (ohne eigenes Dezernat)	RVG Sturm (ohne eigenes Dezernat)	
5.	VRVG Dr. Nocon	RVG Störmer	RVG M. Steiner (0,5)	R´inVG Dr. Schnettger
6.	VRVG Kluge	RVG Stephan	RVG M. Steiner (0,5)*	
7.	VRVG Hempen	RVG B. Steiner	R'inVG Twieg (ohne eigenes Dezernat)	
8.	VPräs'inVG Lewin	R´inVG Twieg (0,8)*	RVG Sturm (0,8)*	
9.	VRVG Böning	R'inVG Piekos*	RVG Körber (ohne eigenes Dezernat)	

*Stammkammer (Umfang richterlicher Arbeitskraft)

Stand: 1. September 2025

II. Geschäftsverteilung

1. Kammer
Geschäftsbereich:

alle KE-Verfahren

010000 Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht

011000 Parlamentsrecht

012000 Europa-, Bundestags- und Landtagswahlrecht

013000 Parteienrecht

014000 Kommunalrecht (ohne kommunales Abgabenrecht)

014100 Verfassung, Verwaltung und Organisation der Gemeinden und Gemeindeverbände/kommunale Gebietskörperschaften

014200 Kommunalaufsichtsrecht

014300 Kommunalwahlrecht

014400 Finanzausgleich

020000 Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)

023000 Wissenschaft und Kunst

024000 Film- und Presserecht

026000 Recht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der Ordensgesellschaften

027000 Erwachsenenbildungsrecht (ohne Berufsbildungsrecht)

028000 Sport

030000 Numerus-clausus-Verfahren

031000 Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen und die damit zusammenhängenden Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahren (Nc-Verfahren)

032000	Verteilung von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung
041100	Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien
052600	Tierschutz
111000	Steuern
111001	Gewerbesteuer
111003	Grundsteuer
111100	Kommunale Steuern
111102	Zweitwohnungssteuer
111103	Getränkesteuer
111104	Vergnügungssteuer
111106	Hundesteuer
111200	Kirchensteuer
112200	Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
120000	Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht
121000	Recht der offenen Vermögensfragen
121001	Grundstücksverkehrsgenehmigung
121002	Vorkaufsrecht
121100	Rückübertragungsrecht
121200	Investitionsrecht
121300	Vermögenszuordnungsrecht
121400	Treuhandrecht
121500	Entschädigungsrecht

121600 Ausgleichsleistungsrecht

122000 Bereinigung von SED-Unrecht

122100 Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung

122200 Berufliche Rehabilitierung

137000 Wiedergutmachungsrecht, Streitigkeiten nach dem Gesetz zu Art. 131 GG sowie über die Nachversicherung nach § 99 AKG und nach §§ 18 ff. des Fremdrenten- und Auslandsrentenneuregelungsgesetzes

137100 Härtefonds für nichtjüdische Verfolgte des NS-Regimes

156000 Kriegsfolgenrecht

156100 Lastenausgleichsrecht

156200 Häftlingshilferecht, Heimkehrerrecht und Kriegsgefangenenentschädigungsrecht

156300 Flüchtlings- und Vertriebenenrecht

156400 Requisitions- und Besatzungsschädenrecht

180000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht,
232000 Verfahren betreffend politische Verfolgung im Sinne von Art. 16 a Abs. 1 GG, der Genfer Flüchtlingskonvention, des § 3 und § 4 Asylgesetz einschließlich derjenigen Entscheidungen nach dem Aufenthaltsgesetz, zu denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach dem Asylgesetz berufen ist (im Folgenden: Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht), soweit es sich um Staatsangehörige der Staaten China, Südafrika und Vietnam oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen bezeichneten Ländern hatten; soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation, Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die ab dem 1. Juli 2017 eingegangenen und noch eingehenden Verfahren;
soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, diejenigen Verfahren, für die keine andere Kammer zuständig ist; soweit es sich um Staatsangehörige Kenias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten

gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, hinsichtlich der anhängigen und neu eingehenden Verfahren mit den Endziffern 5 bis 8

2. Kammer

Geschäftsbereich:

017000 Verfassung und autonome Rechte der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der Wasser- und Bodenverbände

021000 Schulrecht

021100 Schulprüfungs- und Versetzungsrecht einschl. Nichtschülerprüfungen

021200 Schülerbeförderung und Kosten für Lernmittel

022000 Hochschulrecht (ohne NC-Verfahren) einschl. hochschulrechtliche Abgaben

022100 Recht der Hochschul- und Staatsprüfungen sowie der Anerkennung ausländischer Prüfungen

022101 Prüfungen vor dem Justizprüfungsamt sowie Verfahren gegen den Präsidenten des OLG

022102 Anfechtung einer Prüfungsentscheidung

022200 Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades

104000 Straßen- und Wegerecht (ohne Enteignungsrecht sowie Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) nur betreffend den Kostenersatz für Grundstückszufahrten (§ 10 a KAG)

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, zugewiesen.

113100 Erschließungsbeitragsrecht

113200 Ausbaubeiträge

115000 Ausgleichsabgaben

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Ägyptens oder Libyens oder um Staatenlose handelt, die ihren letzten gewöhnlichen

Aufenthalt in diesem Staat hatten; hinsichtlich der im Jahr 2024 eingegangenen Verfahren, soweit es sich um Staatsangehörige Somalias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten

3. Kammer
Geschäftsbereich:

025000 Rundfunk- und Fernsehrecht einschl. Rundfunkbeiträge und Beitragsbefreiung

041000 Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschließlich Preisrecht, Außenwirtschaftsrecht

043000 Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft einschl. Milchquoten (ohne Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien, vergeiche Nummer 04 1100)

043100 Agrarordnung, Flurbereinigung

043200 Weinrecht

044000 Forst- und Fischereirecht

045000 Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsrecht

048000 Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahnrecht; Wasserstraßenrecht

049000 Sonstiges Wirtschaftsrecht

049100 Krankenhausrecht einschließlich Krankenhauspflegesätze

049200 Feiertagsgesetz

050000 Polizei, Ordnungs- und Wohnrecht

051000 Polizeirecht

051100 Waffenrecht

051200 Versammlungsrecht

052000 Ordnungsrecht

052200 Obdachlosenrecht

052300 Vereinsrecht

052400 Sammlungsrecht

055200 Personenbeförderungsrecht

055201 Linienverkehrsgenehmigung

055300 Güterkraftverkehrsrecht

055400 Luftverkehrsrecht

055500 Wasserverkehrsrecht

055600 Eisenbahnverkehrsrecht

056000 Wohnrecht (ohne Wohngeldrecht)

056100 Wohnungsbauförderungsrecht und Wohnungsbindungsrecht einschließlich Mietpreisbindung

056200 Wohnungsaufsichtsrecht

057000 Lotterierecht

058000 Recht der Titel, Orden und Ehrenzeichen (ohne akademische Grade)

090000 Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung

091000 Raumordnung, Landesplanung

091100 Raumordnung, Landesplanung ohne Windenergieanlagen

091200 Raumordnung, Landesplanung für Windenergieanlagen

092000 Bauplanungs-, Bauordnungs- und Städtebauförderungsrecht

092011 Städtebauförderungsmittel

093000 Siedlungsrecht

093100 Streitigkeiten aus dem Reichssiedlungsgesetz

093200 Kleingartenrecht

093300 Kleinsiedlungsrecht

093400 Heimstättenrecht

094000 Denkmalschutz

095000 Kataster- und Vermessungsrecht

096000 Enteignungsrecht

096100 Streitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz

096200 Streitigkeiten nach dem Schutzbereichsgesetz

096300 Streitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz

096400 Streitigkeiten nach den Sicherstellungsgesetzen (z. B. Wassersicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz)

097000 Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschl. Erschließungsvertragsrecht

098000 Angelegenheiten des Wohnungseigentumsgesetzes (z. B. Abgeschlossenheitsbescheid)

100000 Umweltrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen)

101000 Berg- und Abgrabungsrecht

102000 Umweltschutz

102200 Abfallbeseitigungsrecht

105000 Recht der Gentechnik

106000 Streitigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz

108000 Energierecht

108100 Atom- und Strahlenschutzrecht

108200 Recht der Windenergieanlagen

108300 Recht der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

108400 Energierecht im Übrigen

110000 Abwasserabgabenrecht

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist

172000 Archivrecht

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist; soweit es sich um Staatsangehörige Kenias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, hinsichtlich der anhängigen und neu eingehenden Verfahren mit den Endziffern 2 bis 4

4. Kammer

Geschäftsbereich:

014600 Bestattungs- und Friedhofsrecht

015000 Sparkassenrecht

016000 Staatsaufsicht über nichtkommunale juristische Personen des öffentlichen Rechts

047000 Recht der Beliehenen (z. B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure), nur die bis zum 31. Dezember 2021 eingegangenen Verfahren

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, die für die Entscheidung in der Sache (sachlich) zuständig ist, alle bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren, sowie soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der 4. Kammer gegeben ist

131000 - 131500 Recht der Bundesbeamten, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren des Teilsachgebietes 131500 Beihilfen, Reise- Umzugskosten-vergütungen, Trennungsentschädigungen

134000 - 134500 Recht der Richter, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren des Teilsachgebietes 134500 Beihilfen, Reise- Umzugskosten-

vergütungen, Trennungsentschädigungen

155003 Heimrecht, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren

152400 Ausbildungs- und Studienförderungsrecht, nur die im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. Juni 2024 eingegangenen Verfahren

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht,
soweit es sich um Staatsangehörige europäischer Staaten (mit Ausnahme Albaniens aber einschließlich der Länder Georgien und Aserbaidschan) oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten;
soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 eingegangenen Verfahren

5. Kammer

Geschäftsbereich:

055000 Verkehrsrecht: nur Verfahren, die die Abwehr von Immissionen, die von Straßen ausgehen, betreffen

102100 Immissionsschutzrecht

102300 Naturschutzrecht, Landschaftsschutzrecht einschl. Artenschutzrecht

103000 Wasserrecht

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist

131000 - 131400 Recht der Bundesbeamten, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen Verfahren

131500 Recht der Bundesbeamten, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen

132000 - 132400 Soldatenrecht, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen Verfahren

132500 Soldatenrecht, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen

Stand: 1. September 2025

133500 Recht der Landesbeamten, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen

134000 – 134400 Recht der Richter, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen Verfahren

134500 Recht der Richter, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Äthiopiens, Dschibutis, Eritreas oder – soweit die Verfahren nicht im Jahr 2024 eingegangen - Somalias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten; soweit es sich um Staatsangehörige Kenias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, alle anhängigen und neu eingehenden Verfahren mit den Endziffern 0, 1 und 9 sowie die Verfahren 5 K 1295/24.A, 5 K 1299/24.A; 5 K 1325/24.A; 5 K 5/25.A; 5 K 33/25.A, 5 K 57/25.A; 5 K 137/25.A; 5 K 633/25.A; 5 K 859/25.A; 5 K 865/25.A; 5 K 892/25.A; 5 K 1085/25.A und 5 K 1126/25.A.; ferner alle asyl- und flüchtlingsschutzrechtlichen Verfahren von Rechtschutzsuchenden, bei denen keine Abschiebung in den Staat der Staatsangehörigkeit oder (bei Staatenlosen oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit) des letzten gewöhnlichen Aufenthalts im Streit steht, insbesondere, wenn die Abschiebungsanordnung oder -androhung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ausschließlich auf eine Überstellung in einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in die Schweiz oder nach Norwegen zielt (sämtliche Fälle der Sekundärmigration)

6. Kammer

Geschäftsbereich:

112000 Gebühren (soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist)

112100 Benutzungsgebührenrecht

112101 Abfallgebühren

112102 Straßenreinigungsgebühren

112103 Kanalbenutzungsgebühren

112104 Wassergebühren

112108 Friedhofsgebühren

112109 Fäkaliengebühren

112110 Winterdienstgebühren

112111 Heizkostengebühren

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist

113000 Beiträge, soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist

114000 Haus-(Grundstücks-)anschlusskosten

116000 Bescheinigung aufgrund abgabenrechtlicher Vorschriften

117000 Anschluss- und Benutzungsrecht/Anschluss- und Benutzungszwang für kommunale Einrichtungen

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in der Russischen Föderation hatten, alle vom 1. Juli 2016 bis zum 31. Dezember 2016 eingegangenen Verfahren

7. Kammer

Geschäftsbereich:

alle M-Verfahren

041200 Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher und berufsständischer Vereinigungen einschließlich Abgabenrecht der berufs- und wirtschaftsständischen Körperschaften

042200 Handwerksrecht

042202 Eintragung in die Handwerksrolle

042203 Löschung in der Handwerksrolle

044000 Jagdrecht

044002 Erteilung eines Jagdscheines

046000 Recht der freien Berufe einschließlich Kammerrecht und Abgabenrecht der berufs- und wirtschaftsständischen Körperschaften

055000 Verkehrsrecht; soweit nicht die 5. Kammer zuständig ist

055001 Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches

055100 Recht der Fahrerlaubnisse einschließlich Fahrerlaubnisprüfungen

055102 Entziehung der Fahrerlaubnis

055103 Erteilung des Führerscheins

055104 Erteilung der Fahrerlaubnis

104000 Straßen- und Wegerecht (ohne Enteignungsrecht sowie Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) einschließlich Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen; ohne Kostenersatz für Grundstückszufahrten (§ 10 a KAG)

112001 Gewässerunterhaltungsumlagen gemäß § 7 KAG a.F. bzw. § 80 BbgWG und Mehrkosten gemäß § 80 BbgWG

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist

113005 Beiträge der Gewässerunterhaltungsverbände

113300 Kurbeiträge und Fremdenverkehrsbeiträge

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, alle ab 1. Januar 2017 bis zum 30. Juni 2017 eingegangenen Verfahren; soweit es sich um Staatsangehörige Benins, Burkina Fasos, der Elfenbeinküste, Gambias, Ghanas, Guineas, Guinea-Bissaus, Liberias, Malis, Mauretaniens, Nigers, Senegals, Sierra Leones, Sudans, Südsudans, Togos oder Tschads oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten

182000 -
192000 Verteilung und Unterbringung von Asylbewerbern sowie Verfahren nach § 73 Abs. 3 a AsylG

8. Kammer
Geschäftsbereich:

016001 Stiftungsrecht

041300 Beschränkungen aufgrund des § 1 Abs. 3 des Energiesicherungsgesetzes

041400 Vergaberecht

041500 Finanzdienstleistungsaufsicht

042000 Gewerberecht einschließlich berufliche Bildung (ohne Erwachsenenbildungsrecht)

042100 Gewerbeordnung

042300 Gaststättenrecht

047000 Recht der Beliehenen (z. B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure), soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

052500 Brand- und Katastrophenschutz einschließlich Rettungsdienstrecht und Schornsteinfegergebühren

052501 Gebühren Rettungsdienst

053000 Personenordnungsrecht

053100 Namensrecht

053200 Staatsangehörigkeitsrecht

053300 Melderecht

053400 Pass- und Ausweisrecht

053500 Datenschutzrecht

053600 Verfahren nach dem Gesetz über den registergestützten Zensus; Statistikrecht

054000	Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel (ohne Krankenhausrecht)
054100	Lebensmittelrecht
054200	Seuchenrecht, Viehseuchenrecht, Tierkörperbeseitigung
107000	Streitigkeiten nach dem Umweltinformationsgesetz
112200	Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
151000	Wohngeldrecht
152000	Sozialrecht
152001	Verfahren nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz
152100	Schwerbehindertenrecht
152200	Kriegsopferfürsorgerecht
152300	Kinder- und Jugendhilfe sowie Jugendförderungsrecht
152400	Ausbildungs- und Studienförderungsrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen)
152500	Unterhaltsvorschussrecht
152600	Heizkostenzuschussrecht
152700	Sozialrecht nach landesrechtlichen Vorschriften
152800	Arbeitsschutzrecht, insbesondere Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht
153000	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
154000	Jugendschutzrecht
155000	Kindergartenrecht einschließlich Kita-Gebühren bzw. Elternbeiträge
155003	Heimrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugwiesen)
160000	Sozialhilfe
170000	Sonstiges

Stand: 1. September 2025

171000 Justizverwaltungsrecht

173000 Verfahren, in denen die Gewährung von Akteneinsicht und Informationszugang begehrt wird, insbesondere nach dem Informationsfreiheitsgesetz, dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz sowie dem Verbraucherinformationsgesetz

180000 - 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Pakistans oder Tunesiens oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten

9. Kammer

Geschäftsbereich:

053202 Einbürgerung

060000 Ausländerrecht, soweit es nicht dem Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht unterfällt

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, die für die Entscheidung in der Sache (sachlich) zuständig ist, alle ab dem 1. Januar 2024 eingegangenen und eingehenden Verfahren, sowie soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der 9. Kammer gegeben ist

131000 - 131400 Recht der Bundesbeamten, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

132000 - 132400 Soldatenrecht, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

133000 - 133400 Recht der Landesbeamten, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

134000 - 134400 Recht der Richter, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

135000 Wehrpflichtrecht, Wehrrecht

135001 Entlassung aus der Bundeswehr

135100 Recht der Kriegsdienstverweigerung

135200 Recht des Zivildienstes

135300 Recht der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes

136000 Dienstrecht des Zivilschutzes

180000 -
232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Afghanistans, Algeriens, des Irans, des Iraks, Marokkos (einschließlich Westsahara) und Nigerias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten; soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die ab 1. Januar 2024 eingegangenen und noch eingehenden Verfahren

III.
Ergänzende Regelungen zur sachlichen Geschäftsverteilung

1. Die Geschäftsverteilung zwischen den Kammern erfolgt – soweit vorstehend keine abweichende Regelung getroffen ist - hinsichtlich der abgeschlossenen Verfahren, des Bestandes und der Eingänge nach Rechtsgebieten. Dies gilt auch für isolierte Anträge, für die die Zuordnung nach Maßgabe der fiktiven Hauptsache erfolgt. Die Zuordnung erfolgt nach dem erkennbaren Schwerpunkt des Verfahrens. Ist ein Schwerpunkt nicht erkennbar, ist die Kammer mit der höheren Ordnungszahl zuständig.

2. In asylrechtlichen Verfahren knüpft die Bestimmung der Staatsangehörigkeit und des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes immer an die vom BAMF im Aktenzeichen des streitgegenständlichen Bescheides im Zeitpunkt der Klageerhebung vergebene Länderkennzahl an. Verweist die vergebene Länderkennzahl auf „sonstige“ (z.B. staatenlos, ungeklärte Staatsangehörigkeit, ohne Angabe, heimatlos, sonstige), ist maßgeblich welche Staatsangehörigkeit bzw. welcher letzte gewöhnlicher Aufenthalt in der Begründung des Bescheides des BAMF angenommen wird. Gibt es einen solchen Bescheid (noch) nicht, knüpft die Bestimmung der Staatsangehörigkeit und des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes an den ersten Vortrag des Klägers oder Antragstellers im gerichtlichen Verfahren an. Ergibt sich danach die Staatsangehörigkeit oder der letzte gewöhnliche Aufenthalt für mehrere Staaten, ist die Kammer zuständig, die für den Staat zuständig ist, in den die Abschiebungsandrohung zielt. Zielt die Abschiebungsandrohung in mehrere Staaten ist die Kammer für das Verfahren zuständig, die für den Staat mit der niedrigeren BAMF-Länderkennzahl zuständig ist. Gehen mehrere asylrechtliche Verfahren von Familienangehörigen (Ehegatten und Verwandte 1. und 2. Grades) ein, folgen die späteren Sachen dem ältesten noch anhängigen Verfahren, sofern die vom BAMF im Aktenzeichen des streitgegenständlichen Bescheides vergebene Länderkennzahl

denselben Staat betrifft. Gibt es einen solchen Bescheid (noch) nicht, bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem ersten anhängigen Verfahren eines Familienangehörigen.

3. Für Amtshandlungen nach § 180 VwGO ist die 3. Kammer zuständig, soweit dort die

Entscheidung dem Verwaltungsgericht zugewiesen ist. Für die übrigen Obliegenheiten nach Maßgabe dieser Vorschrift werden der dienstälteste Richter und vertretungsweise die übrigen Richter der 3. Kammer in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem Dienstältesten bestimmt. Ist hiernach kein Vertreter vorhanden, dann gilt die allgemeine Vertretungsregelung.

IV.
Vertretung

1. Die Vorsitzenden werden bei Verhinderung der nach § 21 f Abs. 2 GVG zu deren Vertretung berufenen Mitglieder der Kammer vom Vorsitzenden der Vertretungskammer vertreten; bei dessen Verhinderung richtet sich die Vertretung nach den folgenden Bestimmungen über die Vertretung der Beisitzer.

2. Die Beisitzerinnen und Beisitzer vertreten sich zunächst kammerintern. Die weitergehende Vertretung erfolgt von der Kammer mit der nächst höheren Ordnungszahl. Die 9. Kammer wird durch die 1. Kammer vertreten.

Die Vertretung beginnt jeweils mit dem dienstjüngsten, bei gleichem Dienstalter mit dem lebensjüngsten Mitglied der Kammer; der Vorsitzende vertritt zuletzt. Bei kammerübergreifendem Einsatz eines Richters geht der Dienst in der Stammkammer dem in der Vertretungskammer vor. Von der Vertretung ausgeschlossen ist ein Richter, wenn dies dazu führen würde, dass mehr als ein Richter auf Probe oder ein abgeordneter Richter an einer Entscheidung des Gerichts mitwirken. Richter, die mehreren Kammern angehören, nehmen an der Vertretung nur für ihre Stammkammer teil.

V.
Bereitschaftsdienst

An dienstfreien Werktagen (nicht jedoch am 24. und 31. Dezember) wird in der Zeit von 10.30 - 11.30 Uhr ein Bereitschaftsdienst eingerichtet. Seine Regelung ergibt sich aus der Bereitschaftsliste, die als Anlage I zum Geschäftsverteilungsplan genommen wird; an den dort bestimmten Tagen hat sich jeweils ein Mitglied der betreffenden Kammer in der angegebenen Zeit im Gerichtsgebäude bereitzuhalten. Welches Kammermitglied den Bereitschaftsdienst wahrzunehmen hat, richtet sich nach der Geschäftsverteilung der jeweiligen Kammer. Richterinnen/Richter, die mehreren Kammern zugewiesen sind, nehmen den Bereitschaftsdienst nur im Rahmen ihrer Stammkammer wahr. Bei Verhinderung aller richterlichen Mitglieder der Kammer, der im konkreten Fall der Eildienst obliegt, gelten die Regelungen der kammerübergreifenden Vertretung gemäß Ziffer IV.2.

VI.

Ehrenamtliche Richter

Die Zuweisung der für das Verwaltungsgericht Cottbus gewählten ehrenamtlichen Richter an die einzelnen Kammern sowie zur Hilfsliste ergibt sich aus den als Anlage II beigefügten Listen.

Die ehrenamtlichen Richter werden zu den Sitzungen nach der Reihenfolge ihrer Aufzählung, beginnend mit Nummer 1, aus der Liste der jeweiligen Kammer herangezogen. Maßgeblich für die Reihenfolge der Ladungen ist der Eingang der richterlichen Terminbestimmung in der Geschäftsstelle. Die Heranziehung ist sofort in der Liste zu vermerken. Ist ein ehrenamtlicher Richter verhindert oder fällt eine Sitzung aus, zu der er bereits geladen war, wird er erst beim nächsten Durchgang durch die Liste wieder berücksichtigt. Ist bei Verhinderung eines ehrenamtlichen Richters der Hauptliste die Ladung des nunmehr heranzuziehenden Richters der Hauptliste nicht rechtzeitig (d.h. bis zum 3. Werktage vor der Sitzung) möglich, so wird ein Richter aus der für alle Kammern geltenden gemeinsamen Hilfsliste in der aus dieser Liste sich ergebenden Reihenfolge herangezogen, wobei ein Richter, dessen Zusage nicht sofort zu erreichen ist, übergangen wird. Die erfolglosen Heranziehungsversuche sind in der jeweiligen Liste kenntlich zu machen. Die Heranziehung nach der Hilfsliste hat auf die nach der Hauptliste keinen Einfluss. Der bestehende Heranziehungszyklus wird fortgesetzt.

VII.

Güterichter

Die Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Lewin wird zur Güterichterin bestellt.

(Vogt)